



Freitag, 05. Dezember 2025, 16:00 Uhr
~8 Minuten Lesezeit

Kontrollierte Zerstörung

Deutschland und die EU werden zielgerichtet abgerissen.

von Felix Feistel
Foto: helloRuby/Shutterstock.com

Deutschland und die EU versuchen mit allen Mitteln „kriegstüchtig“ zu werden. Hunderte Milliarden von

Euro fließen in die Aufrüstung und in die Ukraine. Gleichzeitig befindet sich die ganze EU – Deutschland an der Spitze – auf dem Pfad eines steilen Abstiegs in ökonomischer, sozialer und gesellschaftlicher Hinsicht. Doch hinter dieser Zerstörung steckt System und ein übergeordnetes Ziel.

Wie Anfang November bekannt wurde, will die Bundesregierung im Haushalt 2026 weitere 11,5 Milliarden Euro (<https://www.welt.de/politik/deutschland/article69122d4d111dd875f6257f02/haushaltvorlage-deutschlands-ukraine-hilfen-steigen-2026-auf-11-5-milliarden-euro.html>) für die Unterstützung der Ukraine einplanen. Dabei weist der deutsche Haushalt bis einschließlich 2029 ein Defizit von 170 Milliarden Euro (<https://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/haushalt-bundesregierung-plant-erhoehung-der-ukraine-hilfe/100171019.html>) auf. Die gesamte EU sucht derzeit nach Möglichkeiten, ihre Unterstützung für das Land zu erhöhen. Der Plan, russische Vermögenswerte zu nutzen, um Kiew ein Darlehen in Höhe von 140 Milliarden Euro (<https://de.euronews.com/my-europe/2025/11/01/milliarden-eu-ukraine-hilfe>) zur Verfügung zu stellen, ist vorerst am Widerstand Belgiens gescheitert. Die EU hatte bereits Anfang des Jahres die Ukraine mit insgesamt 130 Milliarden Euro (<https://www.oe24.at/welt/weltpolitik/130-milliarden-euro-europa-ist-groesster-unterstuetzer-der-ukraine/624867141>) unterstützt.

Und die Ausgaben europäischer Staaten für die Ukraine nehmen kein Ende. Gleichzeitig werden massiv Gelder in die Aufrüstung gesteckt. Allein Deutschland hat mit seinem Sondervermögen 100 Milliarden zusätzliche Euro bereitgestellt, die in Waffen und Technik

fließen sollen, sowie ein weiteres Infrastrukturpaket in Höhe von 500 Milliarden Euro.

Die EU unterstützt damit einen Krieg gegen Russland, den weder die Ukraine noch die EU gewinnen können.

Die Ausweitung dieses Krieges wird an allen Fronten der EU vorbereitet. Schon sprechen NATO-Insider davon, dass man sich in einer „**Phase 0**“ befindet

(<https://www.welt.de/politik/ausland/plus690231b3fa1876cd1627443d/russland-wir-sind-in-phase-0putin-bereitet-sich-bereits-auf-einen-moeglichen-krieg-mit-der-nato-vor.html>). Rheinmetall baut

in Litauen eine Munitionsfabrik

(<https://www.tagesschau.de/wirtschaft/unternehmen/rheinmetal-l-litauen-fabrik-100.html>), die bereits 2026 in Betrieb gehen soll – und damit direkt hinter der für die nahe Zukunft von NATO und EU geplanten Ostfront gegen Russland.

Gleichzeitig werden **Unternehmen dazu angehalten**

(https://www.t-online.de/nachrichten/deutschland/militaerverteidigung/id_100979938/bundeswehr-general-sollfrank-mit-warung-an-unternehmen-vorraete-anlegen.html), sich besser auf Krisen und Konflikte vorzubereiten, etwa indem sie Vorräte anlegen und in Cybersecurity investieren.

Dabei ist die Lage für die deutsche Wirtschaft derzeit ohnehin schwierig. Denn auch das Jahr 2025 ist von einer Rezession gekennzeichnet – die sich die **Tagesschau zwar noch schönredet**, (<https://www.tagesschau.de/wirtschaft/konjunktur/deutsche-wirtschaft-bip-null-wachstum-100.html>) die aber faktisch existiert, und zwar **seit 2022** (<https://www.relevante-oekonomik.com/2025/11/06/die-rezession-geht-weiter-worauf-wartet-die-deutsche-und-die-europaeische-politik/>).

Die drei größten Branchen der deutschen Industrie – nämlich

Chemie, Automobilbau und Maschinenbau – verzeichnen einen klaren Rückgang (<https://www.german-foreign-policy.com/news/detail/10184>). Schon in den letzten Jahren schrumpfte der Anteil der deutschen KfZ-Konzerne deutlich. Bis zum Ende des Jahrzehnts, so die Warnungen, könnte es sie nicht mehr geben. Allein der Hersteller Porsche hat einen Gewinnrückgang von **95,5 Prozent** (<https://freedert.online/wirtschaft/259874-minus-959-prozent-porsche-meldet/>) zu verzeichnen. Der Mutterkonzern VW hat ebenso mit Gewinnrückgängen zu kämpfen (<https://www.zdfheute.de/wirtschaft/unternehmen/volkswagen-gewinn-einbruch-autobauer-100.html>).

Der deutsche Maschinenbau musste im September einen Auftragsrückgang **von 19 Prozent** (https://www.wiwo.de/unternehmen/industrie/konjunkturschweche-und-zoelle-maschinenbau-auftraege-brechen-im-september-ein/100170875.html?utm_term=ne&utm_campaign=standard&utm_medium=sm&utm_content=organisch-image&utm_source=Facebook) vermelden. Und auch für das kommende Jahr sind die Prognosen eher schlecht. Mittlerweile will **jeder dritte Betrieb in Deutschland Jobs abbauen** (<https://www.spiegel.de/wirtschaft/unternehmen/arbeitsmarkt-in-deutschland-jeder-dritte-betrieb-will-jobs-abbauen-a-d8b6b3ec-5a38-4986-9bad-f4562647393b>).

Besonders betroffen ist die Industrie: Hier planen sogar 41 Prozent der Betriebe Personalabbau. Mit anderen Worten: Die Schlüsselsektoren der deutschen Industrie befinden sich im freien Fall.

Der Autohersteller Audi kündigte bereits im März an, **7500 Stellen abbauen zu wollen** (<https://freedert.online/inland/239878-niedergang-autoindustrie-bei-audi-verschwinden/>). **Deutschlands Wettbewerbsfähigkeit ist so schlecht**

(<https://freedert.online/inland/261441-industrie-standort-deutschland-internationale-wettbewerbsfaehigkeit/>), wie wohl noch nie in der Geschichte der Bundesrepublik. Was auch immer man vom deutschen Wirtschaftsmodell halten mag so war es dennoch für lange Zeit ein Garant für relativen Wohlstand und hat damit auch das Sozialsystem ermöglicht – auch wenn dieses erhebliche Mängel aufweist.

Der Niedergang der deutschen Wirtschaft verursacht somit auch enorme soziale und gesellschaftliche Kosten. CDU und SPD blasen zu **drastischen Kürzungen im Sozialsystem**

(<https://www.merkur.de/wirtschaft/ist-aus-dem-ruder-gelaufen-spd-chef-befuerwortet-sozial-reformen-im-sinne-der-union-zr-93955461.html>), sodass das Bürgergeld von dem ehemaligen **Hartz-IV-System nicht mehr zu unterscheiden ist**

(<https://gewerkschaftsforum.de/hartz-iv-ist-zurueck/>). Obwohl das Bundesverfassungsgericht Totalsanktionen für Hartz-IV-Bezieher schon vor einigen Jahren untersagt hat, führte die Regierung Merz genau solche bereits im **vergangenen Jahr wieder ein** (<https://www.buergergeld.org/news/buergergeld-100-sanktionen-sind-in-kraft-getreten/>) und plant, diese auch auf die Zahlung **von Miete und Sozialbeiträge**

(<https://www.fr.de/wirtschaft/buergergeld-haerte-auf-der-spitze-jobcenter-streichen-schon-jetzt-alle-leistungen-zr-94045012.html>) auszuweiten. Dabei ist mittlerweile **jedes vierte Kind** (<https://www.zdfheute.de/politik/deutschland/kinder-sozialeistungen-armut-deutschland-100.html>) auf staatliche Leistungen angewiesen. Die Quote der in **Armut lebenden Kinder und Jugendlichen steigt seit Jahren an**

(https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2025/1/1/PD25_N065_63.html?nn=2110). Die Antwort des Staates ist, eine **Arbeitspflicht für Arbeitslose einzuführen**

(<https://taz.de/Arbeitspflicht-fuer-junge-Arbeitslose-Um-7-Uhr-morgens-klingelt-das-Ordnungsamt/!6126861/>).

Damit greift der Staat zu einem verfassungswidrigen Arbeitszwang und geht totalitär vor, um ökonomisch Benachteiligte weiter zu drangsalieren. Auch die Rente reicht **Wirtschaftsministerin Reiche zufolge** (<https://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/agenda-2030-von-katherina-reiche-kuerzungen-bei-kranken-und-geringerer-kuendigungsschutz-a-5ff8508f-28ea-4431-951f-1071c8b921b5>), nicht mehr zum Leben. Ihre Vorschläge für die desaströse Lage im Sozialsystem: Längere Lebensarbeitszeiten, Karenztage im Krankheitsfall und Abbau des Kündigungsschutzes. Und auch die Schwächsten der Gesellschaft, die Obdachlosen, **verelenden immer mehr** (<https://www.ndr.de/nachrichten/hamburg/befragung-obdachlose-in-hamburg-verelenden-immer-mehr,obdachlosigkeit-126.html>). Deren Anzahl steigt seit Jahren, und liegt bei **über einer Million Menschen deutschlandweit** (https://www.bagw.de/de/presse/pressemitteilungen/s?tx_netnews_newsview%5Bnews%5D=388&cHash=e4902b4fb7dea3e468e7eb2a605a2bdf).

Die Auslöser für die Krise Deutschlands und der EU sind dabei vielfältig – die meisten sind allerdings hausgemacht. Sicherlich, die Zollpolitik des US-Präsidenten Donald Trump spielt eine nicht unwichtige Rolle. Sie betrifft Exporte in die USA, die durch die Zölle enorm verteuert werden, und die USA sind nach wie vor einer der Hauptabnehmer europäischer Waren. Allerdings könnte der Ausfall von Exporten in die USA durch die Erschließung eines eurasischen Marktes kompensiert werden – doch genau das findet nicht statt. Stattdessen verhängt die EU ein Sanktionspaket nach dem anderen über Russland und beteiligt sich am Wirtschaftskrieg auch gegen China.

So ist eines der größten Probleme der deutschen Wirtschaft derzeit **die teure Energie** (<https://anti-spiegel.ru/2025/der-ganze-irrsinn-der-deutschen-wirtschaftspolitik-in-2-spiegel-artikeln/>). Maßgeblich für die Verteuerung der Energiepreise sind zwei

Faktoren: Zum einen die absurden Sanktionen gegen Russland, einschließlich der Sprengung der Nordstream-Pipelines, die eine günstige Energieversorgung insbesondere Deutschlands durch russisches Gas ermöglicht hätten. Zum anderen haben die Sanktionen auf russische Energie zu einer enormen Verknappung geführt und Deutschland in die Abhängigkeit von US-amerikanischem Frackinggas (LNG), getrieben, das die Kosten für russisches Öl und Gas deutlich übersteigt.

Hinzu kommt eine stetig steigende CO₂-Steuer, die im Kampf gegen den vermeintlichen Klimawandel die Industrie dazu zwingen sollte, „klimafreundlich“ zu produzieren. So sollte auch die Stahlproduktion „klimafreundlich“ umgestaltet werden – mit dem Ergebnis, dass die deutsche Stahlbranche in eine Krise gerutscht ist.

Wirtschaftsministerin Reiche und SPD-Vorsitzender Klingbeil wollen die Probleme lösen, indem sie einen Industriestrompreis einführen, der die hohen Energiekosten durch Steuergelder ausgleicht, und gleichzeitig den Import von russischem Stahl verbieten.

Es handelt sich um staatlich verordnete Ideologien, die nicht im Interesse der Bürger sind, sondern anderen Interessen dienen. Die EU wird schrittweise balkanisiert (<https://apolut.net/die-balkanisierung-europas-von-felix-feistel/>) – durch politische Akteure, die von US-Thinktanks, dem Young Global Leaders-Programm des WEF sowie international agierenden Finanzkonzernen wie BlackRock ausgewählt und an die Spitze der Staaten und der EU gesetzt wurden. Ziel ist die Zerstörung der EU in ihrer jetzigen Form. Dies dient vor allem den politischen und ökonomischen Interessen der USA, die in der EU eine starke Konkurrenz sehen. Diese Konkurrenz wird durch Sanktionen, Zölle und teure Energie beseitigt – wie der deutsche Niedergang eindrucksvoll zeigt.

Doch, so analysiert der **China Economic Indicator** (<https://chinaeconomicindicator.substack.com/p/germanyndeindustrialisation-is-a>), hinter der Deindustrialisierung steckt auch ein Interesse der Finanzindustrie. Ziel ist es insbesondere Deutschland von einem industriellen Modell zu einem finanziellen Wirtschaftsmodell umzuwandeln – entgegen den Interessen der Bürger. Dieses Projekt begann bereits mit der Energiewende, die Deutschland systematisch aller günstigen Energieformen – einschließlich Atomkraft – beraubt hat. Schon die Abhängigkeit von einem volatilen Gasmarkt hat die deutsche Industrie massiven Risiken ausgesetzt. Nun wurde selbst dieser Markt durch teure LNG-Importe ersetzt. Die Zerstörung von Nord Stream hat die deutsche Energiekrise nicht ausgelöst, sie aber für die Zukunft zementiert. Statt auf Industrie will die deutsche Finanzelite in Zukunft auf Finanzspekulation setzen.

Das Symbol dieses Wandels ist ein Kanzler Friedrich Merz, der eine wichtige Stellung bei BlackRock innehatte und diesem Konzern erkennbar noch immer treu ergeben ist.

Ironischerweise ist auch die Aufrüstung ein Zeichen genau dafür. Denn was zumindest einige Industriezweige massiv fördert, dient auch Finanzkonzernen wie BlackRock. Dieser ist nicht nur einer der größten Anteilseigner so ziemlich aller großen Rüstungsschmieden – darunter auch **Rheinmetalls** (<https://www.nachdenkseiten.de/?p=81874>) – sondern ist zudem mit dem Wiederaufbau der Ukraine betraut. Er verdient also gleich doppelt: am Krieg selbst und an der anschließenden Privatisierung, die als Wiederaufbau bezeichnet wird. Kein Wunder also, dass die Bundeswehr ohne reguläres Vergabeverfahren große Aufträge **an Rheinmetall vergibt** (<https://www.nachdenkseiten.de/?p=130281>). Der BlackRock-Kanzler verteilt Steuergelder an seinen eigenen Konzern.

Und der Kriegskurs wird weiter verschärft. Ab 2026, so berichten Insider, soll in Deutschland der **Spannungsfall ausgerufen werden** (<https://overton-magazin.de/hintergrund/wirtschaft/spannungsfall-2026/>). Dies würde den Staat ermächtigen, Unternehmen zwangsweise zur Produktion bestimmter Waren zu verpflichten und zugleich die Wehrpflicht zu forcieren.

Die Wehrpflicht ist bereits seit langem ein Thema und wird immer wieder diskutiert. Deutschland bereitet sich damit auf einen Krieg vor, der aktiv von der EU provoziert wird – beginnend durch den Regime-Change 2014 in der Ukraine und den sich anschließenden Krieg im Osten des Landes.

Auch ein Krieg kann dazu genutzt werden, Deutschland und die gesamte EU abzureißen und unter vollkommener Privatisierung wieder aufzubauen. Ein Interesse daran haben auch Tech-Konzerne.

Sie bringen sich bereits jetzt in Stellung, um die zukünftige digitale Diktatur in der EU mit voranzutreiben. So investiert etwa der Google-Mutterkonzern Alphabet **5,5 Milliarden US-Dollar** (<https://www.tagesschau.de/wirtschaft/unternehmen/google-investition-deutschland-klingbeil-100.html>) in Deutschland, um Kapazitäten für Rechenzentren aufzubauen. Eine **interaktive Karte** (<https://www.authoritarian-stack.info/>) zeigt das US-Tech-Netzwerk auf und warnt davor, dass dieses Netzwerk auch nach Europa expandiert. Schon jetzt wird in einzelnen Bundesländern Deutschlands der Einsatz der **Überwachungssoftware Palantir vorangetrieben** (<https://www.zeit.de/news/2025-11/12/palantir-im-suedwesten-was-die-polizei-software-bedeutet>).

Passend zu Kriegsvorbereitungen und dem Vormarsch von Tech- und Finanzkonzernen etablieren sich die deutsche Regierung und die EU-Kommission als totalitäre Institutionen, die jede Opposition

mit Gewalt unterdrücken. **Kritische Fragen sind unerwünscht** (<https://www.tichyseinblick.de/meinungen/regierung-merz-keine-unbequemen-fragen/>), wer sie dennoch stellt, **verliert unter Umständen seinen Arbeitsplatz** (<https://freedert.online/meinung/261098-wer-kritisch-fragt-wird-verbannt-der-eu-eklat-um-einen-italienischen-journalisten/>). **Immer häufiger kommt es zum Ausschluss vom Bankensystem der Opposition,** (https://x.com/aya_velazquez/status/1987162236201169245) und auch vor Diskussionen um Verbote von Parteien schrekt man nicht mehr zurück.

Die EU-Kommission errichtet ein eigenes **Wahrheitsministerium** (<https://norberthaering.de/propaganda-zensur/eu-wahrheitskontrolleure/>), um unbequeme Informationen zu unterdrücken und zu zensieren, und plant zudem eine **volumfängliche Überwachung** (<https://norberthaering.de/macht-kontrolle/ediw-pilotprojekte/>) mittels digitaler ID und Digitalem Zentralbankengeld.

Auch in das Privatleben der Menschen mischen sich die Regierungen der EU bereits seit längerem ein. Nun will Wirtschaftsministerin Reiche es ermöglichen, **Gasnetzwerke per Zwang stillzulegen** (https://www.t-online.de/heim-garten/aktuelles/id_100985398/gasnetze-reiche-ministerium-will-stilllegung-ermoeglichen.html), wodurch die Bürger von einer Möglichkeit zu heizen abgeschnitten werden und effektiv in den Wahnsinn der Wärmepumpen getrieben werden. Diese dienen gleichzeitig als Instrument zur **volumfänglichen Überwachung der Bürger** (<https://www.manova.news/artikel/heimische-überwachung>).

EU und Deutschland verwandeln sich zunehmend in totalitäre Armenhäuser, die ihre Bürger überwachen, gängeln und letztlich in einen sinnlosen Krieg treiben –

ein Krieg, bei dem Millionen von Menschen sterben könnten.

All dies dient der Umstrukturierung der Wirtschaft zugunsten einer Finanzelite, die nicht am Wohl der Bürger interessiert ist, sondern ausschließlich am Machterhalt und der eigenen Anhäufung von Reichtum.



Felix Feistel, Jahrgang 1992, studierte Rechtswissenschaften mit dem Schwerpunkt Völker- und Europarecht. Schon während seines Studiums war er als Journalist tätig; seit seinem Staatsexamen arbeitet er hauptberuflich als freier Journalist und Autor. So schreibt er für [manova.news](https://www.manova.news/) (<https://www.manova.news/>), apolut.net (<https://apolut.net/>), [die Freie Medienakademie](https://www.freie-medienakademie.de/) (<https://www.freie-medienakademie.de/>) sowie auf seinem eigenen [Telegram-Kanal](https://t.me/Felix_Feistel) (https://t.me/Felix_Feistel). Eine Ausbildung zum Traumatherapeuten nach der Identitätsorientierten Psychotraumattheorie und -therapie (IoPT), erweiterte sein Verständnis von den Hintergründen der Geschehnisse auf der Welt.